

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIII 4–2007

## **ENTWICKLUNGSPOLITIK UND SICHERHEITSINTERESSEN: KOHÄRENZ ODER KONKURRENZ?**

Schwerpunktredaktion: Clemens Six

mandelbaum *edition südwind*

## Inhaltsverzeichnis

- 4 CLEMENS SIX  
Die Entwicklung von Sicherheit: Eine Einleitung
- 17 JAN POSPISIL  
Entwicklung und Sicherheit: Historische, theoretische und politische Bedingungen der Integration zweier Schlüsselkonzepte der globalen Machtbeziehungen
- 38 LOTHAR BROCK  
Die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Sicherheitsdiskurse als Empowerment?
- 59 CLEMENS SIX  
Sicherheit und Entwicklung als Normative der EU-Außenpolitik: Hegemonie durch Konsens und Zwang
- 80 TOBIAS DEBIEL, DANIEL LAMBACH  
From “Aid Conditionality” to “Engaging Differently”:  
How Development Policy Tries to Cope with Fragile States
- 100 Rezensionen
- 107 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 110 Impressum

**CLEMENS SIX**

## **Die Entwicklung von Sicherheit: Eine Einleitung**

Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse, ein renommierter Kommentator nationaler und europäischer Entwicklungen, äußerte im Sommer 2007 während einer Lesung folgende Einschätzung unserer Zeit: Historische Epochen, insbesondere in der Moderne, werden durch zentrale Ideen charakterisiert, die die Menschen ins Zentrum ihrer politischen und sozialen Aufmerksamkeit rücken und auf diese Weise zum Leitmotiv ihrer individuellen und kollektiven Existenz machen. Die Zeitgeschichte Europas und bis zu einem gewissen Grad auch der USA kann als eine Aufeinanderfolge von im Wesentlichen drei derartigen Ideen interpretiert werden. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beherrschte Europa die Idee des Wiederaufbaus verbunden mit der Maxime der Wohlstandsmehrung. Konsequenterweise wurden gesellschafts- und wirtschaftspolitische Maßnahmen diesen Prioritäten untergeordnet und zudem als Grundbausteine kollektiver Identität installiert. Diese an sich sozialkonservative Periode wurde abgelöst durch das Paradigma der umfassenden Befreiung der 68er-Bewegung und eines gravierenden Erwartungshorizontes in Bezug auf die individuelle, sexuelle und soziale Revolution, die bis tief in die 1980er Jahre anhielt. Dann kam der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, der die Neuauflage eines Freiheitsversprechens war, das durch die bitteren ökonomischen und sozialen Realitäten nach dem Umsturz deutlich relativiert wurde und damit den Übergang zu einem weiteren Wandel einleitete. Die dritte große Idee nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die sich auch gegenwärtig im Zentrum der Aufmerksamkeit befindet, ist laut Menasse die Idee der Sicherheit. Damit kulminieren die Vorstellungen von Wiederaufbau, Wohlstandsmehrung und der anschließenden Befreiung von den Lebenslügen vorhergegangener Generationen und ihren rigiden Konventionen sowie vom kommunistischen Zwangssystem in einem schier unstillbaren

Sicherheitsbedürfnis. Dieses Bedürfnis scheint immer mehr staatliche Kontrolle im öffentlichen wie im privaten Raum zu rechtfertigen und baut zudem den Schutz des/der StaatsbürgerIn vor staatlicher Willkür graduell ab.

Die Periodisierung der westlichen Nachkriegsgeschichte entlang solcher zentraler Ideen kann keineswegs den tatsächlichen historischen Werdegang der betroffenen Gesellschaften erklären, sie verweist jedoch auf signifikante Vorstellungen und Themen, die sich in einer gewissen Periode neben anderen Fragen aus Gesellschaft und Politik im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit befinden. Derartige Leitideen sind wahrscheinlich zu keiner Zeit umfassend akzeptiert, stellen aber sehr wohl so etwas wie ein Paradigma des individuellen und gesellschaftlichen Lebens dar. Die Idee umfassender Sicherheit als Leitmotiv macht nur in Kombination mit weit reichenden, als real wahrgenommenen Verunsicherungen bzw. Risiken Sinn, die den unmittelbaren Bedarf bilden, auf den die Sicherheitsdiskurse reagieren. Um dem Thema Sicherheit also etwas genauer auf die Spur zu kommen, ist es notwendig, nicht nur nach den Vorstellungen von Sicherheit selbst, sondern auch nach den Vorstellungen von ihrem Gegenteil, den Verunsicherungen, Gefahren und Risiken zu fragen, die entsprechend Aufmerksamkeit bekommen.

Dabei ist gegenwärtig zweierlei besonders auffallend. Zum einen werden bestimmte Formen von Sicherheit in einer Zeit aktuell, in der Wirtschafts- und Sozialpolitiken vor allem im Westen Sicherheit im Sinne von sozialpolitischen Standards abbauen und diese Entwicklungen mit einer scheinbar unausweichlichen Logik des globalen Wettbewerbs rechtfertigen. Einem Mehr an öffentlicher Sicherheit vor Terrorismus oder anderen Formen politisch motivierter Gewalt steht ein Weniger an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit gegenüber. Das Wechselverhältnis von beiden Sicherheitsdiskursen ist eine sehr relevante Frage. Zum anderen ist vor allem angesichts der massiven politischen Aufmerksamkeit auffallend, dass Sicherheit als äußerst diffuser Begriff im Sinne des Schutzes vor höchst unterschiedlichen Gefahren und Risiken existiert. Keineswegs eindeutig klar ist in den öffentlichen Debatten, welche Sicherheit angestrebt und vor welchen Formen von Unsicherheit diese schützen soll, geschweige denn, von wem welche Formen von Bedrohungen genau ausgehen. Die Unbestimmtheit dieses Begriffes sollte aber weniger als Schwäche als vielmehr als sein (politischer) ‚Vorzug‘ interpretiert werden, da er nur dadurch praktisch universal

einsetzbar ist und auf diese Weise zu einer zentralen Idee einer ganzen Epoche werden kann. Das Nachdenken über die aktuelle Hochkonjunktur von Sicherheitsthemen und die weit reichenden Konsequenzen dieser Entwicklung muss daher beim Begriff der Sicherheit selbst beginnen, um einleitend zu klären, welche unterschiedlichen Bedeutungen es gibt und wie sich das Verhältnis insbesondere zu bestehenden Machtverhältnissen denken lässt.

## 1. Sicherheit als soziales Konstrukt

Sicherheit – und dies unterscheidet diese Idee etwa vom Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus oder der Wohlstandsmehrung – ist ein in sich vielfältiger Begriff, der kaum objektiv und damit eindeutig definiert werden kann. Dies bedeutet nicht, dass Sicherheit immer und ausschließlich von individuellen Beurteilungen und Wahrnehmungen abhängt, der Kontext und die sozialen Bedeutungszuschreibungen spielen jedoch eine zentrale Rolle. Am besten kann Sicherheit wohl als ein „soziales Konstrukt“ verstanden werden, „weil sie sich nicht so sehr auf unverrückbare soziale *Gegebenheiten*“ bezieht, sondern „eher auf bestimmte unterstellte soziale *Gewissheiten*“ (Glaeßner 2002: 3, Herv. i. Orig.). Gegebenheiten, die sich aus entsprechenden Daten ergeben, sind in der theoretischen Diskussion zwar relevant, spielen aber in der öffentlichen Wahrnehmung von Sicherheit bzw. Unsicherheit kaum eine Rolle. Kriminalitätsentwicklungen, Statistiken über die Opferzahlen unterschiedlicher Risiken, die etwa den Straßenverkehr weit vor dem Terrorismus reihen, oder Angaben über ökonomische Risiken werden nur punktuell wahrgenommen und beeinflussen die öffentliche Begriffsbestimmung von Sicherheit kaum. Soziale Gewissheiten hingegen, die in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Bedeutungszuschreibungen stehen, sind für das subjektive, individuelle wie kollektive Sicherheitsempfinden von zentraler Bedeutung. Gewissheit und Verlässlichkeit als Vermeidung von (wahrnehmbaren) Risiken, d.h. die Abwesenheit und der Schutz vor (wahrnehmbaren) Gefahren werden damit genauso assoziiert wie Statussicherheit, also die Gewährleistung eines bereits erreichten Lebensniveaus oder Sicherheit der materiellen Güter. Subjektive Bedeutungszuschreibungen, die kontext- und gesellschaftsgebunden sind, spielen

also neben objektiven Aspekten der physischen Sicherheit etwa in Form des Schutzes vor Lebensbedrohungen eine mindestens ebenso wichtige Rolle.

Der Begriff Sicherheit kann daher wissenschaftlich nicht exakt definiert werden, umso höher ist aber sein normativer Gehalt und damit sein symbolisches Gewicht. Sicherheit ist also keine präzise Größe, die als analytische Kategorie in den Sozial- und Geisteswissenschaften besonders brauchbar wäre, sondern eine mit Wertaussagen untrennbar verknüpfte Idee mit hoher politischer Signifikanz. Damit erhält der Sicherheitsbegriff gerade in seiner Eigenschaft als soziale Konstruktion eine Bedeutung in Geschichte und Gegenwart, die dem zeitlichen Wandel unterliegt, unterschiedlichen Sinngebungen und Interpretationen ausgesetzt ist und insbesondere politisch auf unterschiedliche Arten instrumentalisiert wird, die Aufschluss über Interessen und Machtverhältnisse einer Zeit geben. Die Verknüpfung mit Machtstrukturen ergibt sich beim Thema Sicherheit aus zwei Gründen: Zum einen gibt es explizite Instrumentalisierungen von Risiken und deren Bekämpfung im Sinne einer bewussten politischen Nutzbarmachung dieser Themen. Die Grundemotion, die dabei eine wesentliche Rolle spielt, nämlich Angst, ist ein zwar gefährliches, strategisch aber sehr wirkungsvolles Motiv politischer Klientelbildung, das bei geeigneten Umständen entsprechend genutzt werden kann. Sicherheit bzw. Gefahren sind daher ein Machtinstrument. Zum anderen ergibt sich eine Verbindung von Macht und Sicherheitsfragen aus der Qualität der oben angesprochenen Gewissheiten als „unterstellte soziale Gewissheiten“, auf denen Sicherheitsvorstellungen basieren. Es handelt sich dabei wie gesagt nicht um objektiv vorhandene Gegebenheiten, sondern um nur scheinbar fixe Vorstellungen, die den Prinzipien der Formulierung und Definition unterliegen, also nicht einfach gegeben sind, sondern definiert werden müssen. Damit stellt sich die Frage, wer definiert und letztlich entscheidet, was ein Risiko bzw. was Sicherheit ist. Die Begriffe Risiko und Sicherheit sind mit anderen Worten „Produkte von Definitionskämpfen und Definitionskonflikten im Rahmen bestimmter Definitions Machtverhältnisse“ (Beck 2007: 66), die ihren Niederschlag bzw. ihre Ursache auch in den politischen Verhältnissen finden. Diese Interpretation bedeutet nicht, Risiko und Sicherheit als bloße Illusionen abzutun. Ihre Begriffsinhalte können aber nicht aus einer ausschließlich externen, quasi objektiv vorliegenden Realität erschlossen werden, sondern sind kontextgebunden. Sicherheit, Macht und (nationale wie internationale) Politik stehen daher in

einem intrinsischen Verhältnis zueinander und können getrennt nicht befriedigend analysiert werden.

Die vorliegende Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* ist der Versuch, diese Signifikanz des Begriffes Sicherheit als „soziales Konstrukt“ in einem Teilbereich der internationalen Beziehungen, nämlich der Entwicklungspolitik, herauszuarbeiten, um damit Einblicke in Machtverhältnisse und Interessen zwischen Nord und Süd und deren aktuelle Veränderungen zu geben und die weit reichenden Konsequenzen der Dominanz der Sicherheitsidee sichtbar zu machen. Die einzelnen Beiträge verwenden dazu keinesfalls einen einheitlichen Sicherheitsbegriff, sondern spiegeln die Vielfalt dieses Themenfeldes wider. Die Spannbreite der Begriffsbestimmung reicht dabei von einem engen Sicherheitsbegriff als Voraussetzung und Ziel entwicklungspolitischer Maßnahmen im Sinne öffentlicher Sicherheit bis zu umfassender menschlicher Sicherheit, die ökonomische, soziale und psychische Aspekte mit berücksichtigt. In einigen Beiträgen wird die Verbindung zur Machtfrage explizit gestellt, bei allen aber steht sie zumindest im Hintergrund.

## **2. Unübersichtlichkeit und Präkarisierung als Verunsicherung**

Die aktuelle Konjunktur von Sicherheits- bzw. Unsicherheitsthemen in Politik und Wissenschaft wird verständlicherweise mit den Terroranschlägen der letzten Jahre in den USA und in Europa in Zusammenhang gebracht, die zweifelsohne zur weiteren Fixierung öffentlicher Aufmerksamkeit auf Bedrohungen unterschiedlicher Art und ihrer Abwehr beigetragen haben. Der mittlerweile auch transnational organisierte Terrorismus konnte seit 2001 ein Ausmaß an Beachtung akkumulieren, das in keinem Verhältnis zu seinen tatsächlichen Dimensionen, gemessen an realer Bedrohung, im Vergleich zu anderen Gewaltformen oder strukturellen Risiken für die Weltgesellschaft steht. Die eigentlichen Gründe, warum die Idee der Sicherheit gegenwärtig so zentral ist, gehen aber wesentlich darüber hinaus.

Zunächst ist, so ein Vorschlag von Mary Kaldor, der (transnationale) Terrorismus selbst lediglich als ein Aspekt der jüngsten Transformation gewaltsamer Auseinandersetzungen zu verstehen, die sich weltweit durchzusetzen scheint. Die politische Gewalt der „neuen Kriege“ im 21. Jahrhun-

dert ist „allgegenwärtiger, richtet sich stärker gegen Zivilisten, verwischt die Unterschiede zwischen Krieg und Verbrechen, gründet sich auf eine entzweite Identitätspolitik und verschärft diese immer weiter“ (Kaldor 2007: 10). Diese „neuen Kriege“ sind keineswegs auf die Peripherie, also die nicht oder wenig industrialisierten Länder beschränkt, sondern charakterisieren auch die Interventionskriege, die von westlichen Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges geführt wurden. Die zunehmende Privatisierung von Sicherheit im Rahmen dieser Kriege, wie Söldnerheere, die unter staatlicher Lizenz operieren oder die unverblünte Verknüpfung der Durchsetzung ökonomischer Interessen mit Militärstrategien, sind Detailspekte dieser „neuen Kriege“, die massive Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben. Auch die Kombination dieser neuartigen politischen Gewalt mit entsprechend aggressiven Ideologien der Neukonstitution kollektiver Identitäten, bei denen in vielen Fällen Religion eine zentrale Rolle spielt, ist eine folgenschwere Entwicklung, deren Ursachen vor allem als Gegenteil zur zunehmenden Globalisierung genau analysiert werden müssen, um zu einer realistischen Einschätzung dieses Phänomens zu gelangen.

Am Beginn der neuen internationalen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges stand der Befund zunehmender Komplexität der globalen Wirklichkeit durch die rasch steigende Entgrenzung wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge. Diese Globalisierungen führen zu einer „Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas), die es immer schwieriger macht, kausale Zusammenhänge und Ordnungsprinzipien zu erkennen und entsprechend danach zu handeln. An sich ist diese Entwicklung ein Strukturmerkmal moderner Gesellschaften überhaupt, die Veränderungen diesbezüglich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten brachten aber eine Steigerung der Qualität und der Geschwindigkeit. Zusätzlich kommt im Rahmen dieser Transformationen der Nationalstaat als Grundbaustein kollektiver Identitäten einerseits und der internationalen Beziehungen andererseits unter Druck und verliert graduell an Einfluss, sodass dieses Strukturelement der bisherigen Ordnung zunehmend schwächer, wenn auch nicht völlig irrelevant wird. Die Konsequenz daraus ist ein Abbau von politischen und wirtschaftlichen Eingriffsmöglichkeiten für diesen Staat, sodass seine BürgerInnen mit einem Gestaltungsschwund konfrontiert sind, der der wachsenden Unordnung bedrohlich wenig entgegenzusetzen hat.

Die Unübersichtlichkeit hat jedoch konkrete ökonomische und soziale Konsequenzen. Während die Intensivierung globaler Wirtschaftsbeziehungen eine notwendige Rahmenbedingung für den volkswirtschaftlichen Aufstieg unter anderem Chinas und Indiens ist, nimmt weltweit die Ungleichheit innerhalb der meisten Gesellschaften und auch zwischen ihnen zu. Dieser Sachverhalt ist „grundsätzlich unvereinbar mit der regulativen Idee eines ‚gerechten Friedens‘“ (Mahnkopf 2003: 14) und widerspricht damit den Erwartungen einer Art Friedensdividende nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Die Präkarisierung sozialer Verhältnisse als unmittelbare Folge der Internationalisierung des Wirtschaftens ist ein wachsendes Problem, das mit den „neuen Sicherheitsdiskursen“ etwa zu „menschlicher Sicherheit“ gelöst werden soll. Diese neuen Diskurse konzentrieren sich, abgesehen von kollektiver, öffentlicher Sicherheit, vor allem auf die Bedürfnisse des Individuums nach wirtschaftlicher, sozialer, politischer und psychischer Absicherung.

Eine dritte Ursache für die Hochkonjunktur sicherheitsorientierter Ansprüche und Konzepte ist die Aktualität neuer Risiken, die mit den globalen ökologischen Veränderungen in Zusammenhang stehen. Die Dimension dieser Bedrohungsszenarien übersteigt andere Formen des Risikos, da sie für die Menschheit insgesamt eine existentielle Reichweite haben und in dieser Hinsicht nur mit der „atomaren Drohung“ (Günther Anders) vergleichbar sind.

### **3. Entwicklungspolitik als Sicherheitspolitik**

Aus all diesen Dimensionen aktueller Bedrohungsszenarien geht bereits hervor, dass es sich dabei nicht um lokale oder regionale Phänomene handelt, sondern um weltweite Veränderungen, die auch das Verhältnis zwischen Nord und Süd beeinflussen. Im Feld der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit, das trotz der Rhetorik einer „Entwicklungspartnerschaft“ ein Feld der ungleichen Machtverhältnisse sowie ökonomischen, politischen und militärischen Eigeninteressen bleibt, spiegelt sich auch die Konjunktur von Sicherheitsinteressen wider.

Sicherheitsfragen sind einerseits ein klassisches Thema der Entwicklungspolitik, da Sicherheit unter den notwendigen Rahmenbedingungen

für Entwicklung eine herausragende Rolle spielt. Öffentliche Sicherheit, wie sie die OECD-Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg durch die wirtschaftliche und soziale Konsolidierung herstellen konnten, bleibt in beinahe allen peripheren Staaten unrealisiert. In Lateinamerika etwa gibt es seit einigen Jahren sogar negative Trends, die eine weitere Verschlechterung bewirken. Andererseits aber nehmen auch in den Geberstaaten Sicherheitsbelange eine immer wichtigere Rolle in den Außenbeziehungen ein und finden auf diese Weise in die Gestaltung der Entwicklungspolitik Eingang. Damit treffen in der Entwicklungspolitik nördliche und südliche Sicherheitsperspektiven aufeinander und durchdringen einander zunehmend. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Frage, wessen Sicherheit durch welche Mittel und Strategien erreicht werden soll. Ein näherer Blick auf die konkreten Sicherheitsdiskurse der Geber zeigt, dass nicht in jedem Fall, in dem Sicherheit als Inhalt oder Voraussetzung von Entwicklungskooperation thematisiert wird, (öffentliche oder menschliche) Sicherheit im Süden im eigentlichen Sinn gemeint ist, sondern diese zum Beispiel implizit über nördliche Sicherheitsprioritäten definiert wird.

Eine wesentliche Veränderung, die dem aktuellen Verhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen zugrunde liegt, ist der zunehmend umfassende Sicherheitsbegriff, der mehr und mehr gesamtgesellschaftliche Entwicklungen ins Auge fasst und seiner (Sicherheits-)Logik unterordnet. Dieser Trend ist nicht auf entwicklungspolitische Themen beschränkt, sondern gilt ebenso für die OECD-Länder selbst. Auch dort wird innere Sicherheit, also der Schutz einer Gesellschaft vor Kriminalität, Terrorismus und anderen vergleichbaren Bedrohungen, zunehmend als etwas interpretiert, das nur durch zusätzliche Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen bzw. durch Maßnahmen in anderen, nicht unmittelbar sicherheitspolitischen Bereichen wie Sozialpolitik erreicht bzw. erhalten werden kann. Die Konsequenz eines derartig expansiven Sicherheitsbegriffes ist unter anderem die Verengung der Politik auf die Logik der Sicherheit (vgl. Limbach 2002). In Bezug auf die Beziehungen zwischen Nord und Süd bedeutet dies, Entwicklungspolitik als direkte Herstellung innerer Sicherheit zu konzipieren, die den Wert verbesserter Entwicklungsindikatoren auf ihren Beitrag zu Ruhe und Frieden reduziert. Für einen an den Menschenrechten orientierten Entwicklungsbegriff ist dieser Zugang selbst dann, wenn damit tatsächlich innere Sicherheitsbelange im Süden und nicht nördliche Sicher-

heitsinteressen angesprochen werden, ungenügend. Expansiv ist dieser Sicherheitsbegriff aber auch in geographischer Hinsicht, da die Gefahren etwa für die innere Sicherheit im Norden praktisch weltweit entstehen können. Auf diese Weise wird der gesamte Planet zur eigenen Sicherheitszone, die nach entsprechend regulativen Maßnahmen verlangt.

Eine dieser Maßnahmen ist die aktuelle Aufwertung der Prävention. Durch den Charakter mancher Bedrohungen wie des Terrorismus geht es in der globalen, von den reichen Staaten definierten Sicherheits- und Ordnungspolitik mehr und mehr um die frühzeitige Erkennung von Risiken, die dann mit entsprechenden präventiven Maßnahmen ausgeschaltet werden sollen, bevor sie sich zu realen Bedrohungen entwickeln. Dieses Prinzip gilt wiederum sowohl innerstaatlich wie auch international. In der Entwicklungspolitik mündet dieser Fokus auf Prävention in die Frage, welchen direkten Beitrag Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit etwa zur Verhinderung der Entstehung einer Klientel des Terrorismus leisten können oder auf welche Weise ökologisch nachhaltige Entwicklung die Entstehung umweltbedingter Risiken verhindern kann. Darin besteht – wie der Beitrag von Lothar Brock aufzeigt – einerseits die Gefahr der Zweckentfremdung entwicklungspolitischer Kooperation, andererseits möglicherweise aber auch die Chance einer politischen Aufwertung dieses Politikfeldes.

#### **4. Sicherheit als machtpolitisches Instrument**

Im Gegensatz zu diesen „echten“ Sicherheitsinteressen sind Sicherheit und Unsicherheit in ihrer Eigenschaft als „soziale Konstrukte“ jedoch anfällig für politische Instrumentalisierung, die anders gelagerte Interessen etwa aus dem militärischen oder wirtschaftlichen Bereich verschleiert. Die Sicherheitsrhetorik dient in diesen Fällen als Vorwand, um hegemoniale Interessen durchzusetzen und die Mittel für diesen Zweck zu legitimieren. Gerade jene Interessenlagen des Nordens, wie der Ressourcenzugang, die Sicherung geostrategischer Einflussphären oder wirtschaftliche Privilegien, die in der gegenwärtigen Neuordnung des internationalen Kräftespiels durch den Aufstieg neuer Regionalmächte wie China, Indien oder Brasilien wieder an Bedeutung gewinnen, spielen dabei eine herausragende

Rolle und fungieren als Kontext der Sicherheitsdiskurse, der die dabei relevanten Motive mit definiert.

In den hier gesammelten Beiträgen werden beide Formen von Sicherheitsdiskursen – sowohl Sicherheit als internationales Politikfeld wie auch Sicherheit als Projektionsfläche anders gelagerter Interessen und Machtverhältnisse – thematisiert und bewusst in Ergänzung zueinander interpretiert. Die Trennlinie zwischen diesen beiden Formen ist in vielen Fällen unscharf. Es bedarf daher des prüfenden Blickes auf den größeren, regional- oder globalpolitischen Zusammenhang, um die tatsächliche Motivlage der Sicherheitsrhetorik und ihre weit reichenden Konsequenzen ausfindig zu machen.

## 5. Die Beiträge

Ziel der vorliegenden Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* ist es also, die zunehmende Verflechtung von Sicherheitsdiskursen und Entwicklungspolitik kritisch zu beleuchten. Diese prüfende Kritik muss aber am tatsächlichen politischen Diskurs bzw. an der tatsächlichen politischen Praxis orientiert bleiben und auch die Debatten um mögliche strategische und methodische Neuausrichtungen der bilateralen und internationalen Entwicklungspolitik mit einbeziehen. Aus diesem Grund versuchen die folgenden Beiträge neben einer sachlichen Kritik Entwicklungspolitik auch als Realpolitik zu interpretieren und zu analysieren.

Der erste Beitrag von Jan Pospisil ist eine Auseinandersetzung mit den Konzepten und Begrifflichkeiten im Überschneidungsbereich von Entwicklung und Sicherheit, die vor allem um den Begriff der menschlichen Sicherheit kreist. Pospisil liefert damit in zweierlei Hinsicht eine notwendige konzeptionelle Vorbereitung der folgenden Detailstudien. Einerseits ist es unbedingt notwendig, die globalpolitischen und globalwirtschaftlichen Transformationen als Voraussetzungen der aktuellen Sicherheits- und Entwicklungsdiskurse mit einzubeziehen, und andererseits auch die Paradigmen- bzw. Perspektivenwechsel in der Entwicklungspolitik als sich verändernde Handlungshorizonte zu diskutieren. Den gegenwärtigen Fokus auf „Nachhaltigkeit“ interpretiert Pospisil als „Verschiebung der Modernisierungsversprechungen auf unbestimmte Zeit, also im Grunde genommen

das Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Konzeptionen von Entwicklungspolitik“ (S.21), das zum Ausgangspunkt einer „Versicherheitlichung“ (Lothar Brock) der Entwicklungskooperationen wird. Die Anbindung von Entwicklungsdiskursen an Fragen der (eigenen, westlichen) Sicherheit resultiert damit logisch aus einer Globalisierung der Sicherheitsbelange überhaupt, die die Einhegung der Unsicherheiten in der Peripherie als dringendes Eigeninteresse interpretiert.

Lothar Brock erweitert die Frage nach den Konsequenzen dieser zunehmenden Verwebung von Sicherheitspolitik und Entwicklungsdiskursen um eine zunächst hypothetische Perspektive, indem er fragt, „inwieweit die gegenwärtigen Sicherheitsdiskurse eine Neuausrichtung des Nord-Süd-Verhältnisses zugunsten der Länder des Südens begünstigen (können) oder ob sie eher einer hegemonialen, wenn nicht sogar imperialen Politik im Nord-Süd-Verhältnis Vorschub leisten“ (S.40). Diese von Brock aufgeworfene Fragestellung zieht sich durch sämtliche Beiträge des Journals und ist eine Kernfrage des Themenfeldes Sicherheit und Entwicklung. Brock selbst beantwortet die Frage mit dem Hinweis auf die Totalisierungstendenzen von Sicherheitsdiskursen überhaupt. Die bereits angesprochene Definitionsfrage, wer jeweils was auf welche Weise wem gegenüber als Sicherheitsproblem reklamiert, beinhaltet nicht nur, dass Überlebensfragen thematisiert werden, sondern enthält in sich eine Tendenz, Sicherheit zu totalisieren und damit selbst zu einer Quelle der Unsicherheit zu werden. Konkret in Bezug auf die politischen Verhältnisse zwischen Nord und Süd bedeutet das, dass es zwar sehr wohl Anzeichen dafür gibt, dass die Konzessionsbereitschaft der „hegemonialen Industrieländer analog zur Konfliktfähigkeit der Länder des Südens“ steigt, Sicherheitsdenken aber ein Denken im Ausnahmezustand ist, das an sich nur wenig Konzessions- und Dialogbereitschaft kennt. Dementsprechend ist Sicherheitspolitik als Leitidee von *Global Governance* wenig geeignet, ein alternatives Projekt von Entwicklung in die Wege zu leiten. Eher tendiert es dazu, bestehende Machtverhältnisse zu zementieren und deren rücksichtslose Verteidigung im Namen der Sicherheit zu legitimieren.

Zu einem ähnlichen Befund kommt Clemens Six in seinem Beitrag zur Gestaltung der Außenbeziehungen der Europäischen Union. Die Felder der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik werden dabei als Konstruktionsprinzipien hegemonialer Ansprüche interpretiert, die sich in gramscianischer

Manier aus zweierlei Komponenten zusammensetzen: Konsens und Zwang. Die konkrete Gestaltung der Entwicklungspolitik und die zunehmende Verknüpfung mit Sicherheitsfragen folgen einem Muster hegemonialer Eigeninteressen, das auch in anderen Politikbereichen wie dem Außenhandel zu beobachten ist. Das „Überzeugende“ der Sicherheitsdiskurse aus Sicht der EU ist hingegen, dass sie ein probates Mittel sind, um einerseits Eigenmodelle von Entwicklung im Süden bzw. Osten durchzusetzen und andererseits helfen, europäische militärische Eigenkapazitäten aufzubauen und damit ein Instrument zu kreieren, das das Element des Zwanges ermöglicht und zur Hegemonie beisteuert.

Tobias Debiel vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) und Daniel Lambach vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) hingegen analysieren Sicherheit als legitimes und weit reichendes Kernthema entwicklungspolitischer Kooperation. Am Beispiel der fragilen Staaten, die einen besonderen Kontext für Entwicklungskooperationen darstellen, in dem Sicherheitsfragen eine herausragende Rolle spielen, diskutieren die beiden Autoren die aktuelle Wiederbelebung des Staatsbildungskonzeptes im entwicklungspolitischen Diskurs. Der Ausgangspunkt dabei ist die Notwendigkeit funktionierender staatlicher Strukturen, die ihre Kernaufgaben wahrzunehmen wissen und in diesem Sinne ein notwendiger Inhalt sowie eine unverzichtbare Rahmenbedingung für Entwicklung sind. Obwohl das dafür vorgeschlagene Konzept des „*embedded state-building*“ eine Strategie der Lokalisierung staatlichen Aufbaus darstellt, das auf den jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Kontext Rücksicht nimmt, bleibt doch die Frage, welche Gefahren der Fremdbestimmung diese Form des Sicherheitsdiskurses in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet. In der aktuellen multilateralen und bilateralen Entwicklungspolitik sind diese Strategien jedoch eine Priorität, sodass es unbedingt notwendig ist, sie in die Reflexion über die Konsequenzen der Verknüpfung von Sicherheitsfragen und Entwicklungspolitik mit einzubeziehen.

## Literatur

- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Glaeßner, Gert-Joachim (2002): Sicherheit und Freiheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B10-11, 3-13.
- Kaldor, Mary (2007): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Limbach, Jutta (2002): Ist die kollektive Sicherheit Feind der individuellen Freiheit? In: Die Zeit, 10. Mai 2002.
- Mahnkopf, Birgit (2003): Zum Konzept der *human security* und zur Bedeutung globaler öffentlicher Güter für einen gerechten Frieden. In: dies. (Hg.): Globale öffentliche Güter – für menschliche Sicherheit und Frieden. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 11-34.